

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Zorn Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Nebramettell 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 40

Donnerstag, den 2. April 1931.

44. Jahrgang

Opposition und Notverordnung

Einberufung des Reichstags gefordert.

Nürnberg, 31. März.

Die Vertreter der dem Reichstag ferngebliebenen Parteien hielten in Nürnberg eine Tagung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die mit dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag angestrebten Ziele sind ihrer Verwirklichung nähergekommen. Eine an sich bedrückende, nur durch Wahlkampf zusammengehaltene Mehrheit hat mit der Verlagerung des Rumpiparlaments dem Bemühen erbracht, daß das sogenannte Frontkämpferkabinett Berlin sich in hoffnungsloser freigelegter Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befindet. Unerwünschte Aufbaumärkte im Sinne der vorjährigen Osterbotschaft sindenburgs ist nicht gelöst worden.

Die nationale Opposition wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neue Notverordnung, durch die wesentlich Grundrechte der Bevölkerung außer Kraft gesetzt werden. Sie wird die Einberufung des Reichstags fordern und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer vor der Verordnung erteilten Erlasse gebildet. Sie wird die Einberufung des Reichstags fordern und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer vor der Verordnung erteilten Erlasse gebildet. Sie wird die Einberufung des Reichstags fordern und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer vor der Verordnung erteilten Erlasse gebildet.

Kann der Herr Reichspräsident die Aufhebung der Verordnung bei der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Beratern trennt.

Antwort der Reichsregierung.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten nicht gegen das Stahlhelm-Votum begehren gerichtet.

Berlin, 31. März.

Ämtlich wird mitgeteilt: Vertreter der Reichsopposition haben auf einer Tagung in Nürnberg eine Entschließung gefaßt, die sich mit falscher Begründung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wendet. Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen das Votumbegehren des Stahlhelms. Wie schon anläßlich der Konferenz der Innenminister der Länder vom 18. März erklärt worden ist, soll die der Legitimation der Verfügung des Reichspräsidenten kein Votumbegehren keinen Abbruch tun. In einer von dem Erlass der Verordnung folgenden Besprechung mit dem für ihre Ausführung in Preußen zuständigen preussischen Minister des Innern ist festgestellt worden, daß hierbei volles Einvernehmen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preussischen Ministerium des Innern besteht.

Die erwählte Konferenz der Innenminister hat einstimmig auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Interesse des Staates und der Kultur der von der rechts- und der linksradikalen Opposition geführten Verhöhnung deutscher Volksgenossen gegeneinander mit scharfen rechtlichen Waffen entgegenzutreten, dieser Verhöhnung, die den Nährboden bildet für die zahlreichen politischen Verbrechen und Ausschreitungen, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zu beklagen hat. Dabei sind in einer ganzen Reihe von Einzelheiten besondere Vorkommnisse herbeigeführt worden.

Die Behauptung des Münchener Volksblattes der Reichsopposition, die Reichsregierung habe im letzten Jahre keinerlei Aufbauarbeit geleistet, richtet sich selbst und ist ebenso falsch wie die der politischen Abhängigkeit der Reichsregierung von der Sozialdemokratie.

Der Reichspräsident, der übrigens ständig Vertreter der rechtsoppositionellen Parteien angesetzt hat und über ihre Auflosung unterrichtet ist, hat die Notverordnung in voller Erkenntnis ihrer Einzelbestimmungen, ihrer Handhabung und ihrer Wirkung erlassen. Die Forderung der Aufhebung der Notverordnung stellt daher einen persönlichen Angriff gegen den Reichspräsidenten dar.

Es ist nicht bedauerlich und bedarf der schärfsten Abwehr, daß namentlich von deutschnationaler Seite versucht wird, durch Enttarnung und durch die Verwertung unmaßlicher Behauptungen im Volke das Vertrauen in die Person und in die Lebensparteilichkeit des Reichspräsidenten zu untergraben.

Antwort ans Ausland.

Curtius vor dem Reichstag.

Berlin, 1. April.

Der Vollzug des Reichsrats lag man mit lebhafter Spannung entgegen. Die Verhandlungen fanden nicht in dem Reichsratssaal statt, sondern im Hausparlament des

Reichstags, der mehrere hundert Personen faßt. Der Reichsrat war nahezu vollständig verarmt. Die Verhandlungen wohnen auch viele Reichstagsabgeordnete bei. Zunächst wurden kleine Vorlagen erlegt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

nahm dann das Wort, um auf die Angriffe wegen der deutsch-österreichischen Zollunion zu antworten. Der Außenminister hob hervor, daß das Vorgehen Deutschlands und Österreichs sich in den Rahmen der gesamteuropäischen Kooperation bewege. Es sei in den internationalen Diskussionen der letzten Jahre anerkannt worden, daß die Wirtschaft des Europas auf seine Zerschließung zurückzuführen sei.

Die Idee regionaler Verständigung und Zusammenfassungen stehe immer mehr in den Vordergrund.

Der Minister betonte den rein wirtschaftlichen Charakter des deutsch-österreichischen Planes und legte das im einzelnen dar: Zusammenfassend erklärte er: „Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglicher Beschleunigung unseren beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftskreises ergeben. Wir wollen zunächst den Verhandlungen um eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben.“

Es ist mit einer Genugtuung, feststellen zu können, daß diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben.

Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirklichen Mächte Deutschlands und Österreichs dazu einen Anlaß. Ihre Verachtung läßt sich nicht dadurch erklären, daß mehr die ganze Angelegenheit ohne Grund von wirtschaftlichen auf das politische Terrain verloben und mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen hier oder jener Art aufwirft, läßt sich verstehen. Nicht verständlich erscheint es mir aber, dabel von einer Störung des guten Einvernehmens unter den Nationen oder wohl gar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht zugeben, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres werden könnte.

Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wiederaufbau mehr interessiert als Deutschland und Österreich es sind. Wenn wir uns stets bemühen, kein Land kann auch mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schließlich von Erfolg gekrönt zu sehen.

Wie der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird ich, wie ich beifolgt hoffe, die Erkenntnis durchsetzen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.“

Staatssekretär Dr. Weismann brachte zum Ausdruck, daß dieser Sitzungsperiode die Art und das Maß harmonischer Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat als Vertreter der Länderregierungen ein besonderes Gepräge gegeben habe. Daher sei er aussersehen worden, wichtige Erklärungen entgegenzunehmen.

Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung hob das große finanzielle Interesse der Gemeinden hervor und stellte den Gesamtantrag, die allgemeine Begründung — wenn sie keine Mehrheit findet — darauf zu begründen, daß nicht mitten im Haushaltsjahr die Einschränkung erfolgen könne, sondern erst ab 1. April 1932. Gegen die Stimmen Würtembergs und Hamburgs wurde eine Verordnung über die Veränderung der Berufsbeziehung „Baumeister“ angenommen. Bisher war die Bezeichnung dieser Berufsbeziehung die der Länder. Die Neuordnung geht dahin, daß die Bezeichnung der Berufsbeziehung „Baumeister“ grundsätzlich von besonderen Prüfungen abhängen soll.

Die Zollunion vor dem Unterhaus.

Eine Erklärung Hendersons.

Im englischen Unterhaus wurden fünf Anfragen: an den Staatssekretär des Auswärtigen, Henderson, über die geplante deutsch-österreichische Zollunion gerichtet, davon zwei von dem britischen Außenminister Chamberlain. Die eine bezieht sich darauf, daß Deutschland und Österreich vor dem Abschluß der Zollvereinbarung der englischen Regierung keine Mitteilung machen. Die zweite Anfrage Chamberlains erucht um Mitteilung, welche Schritte die britische Regierung zu unternehmen beabsichtigt, um festzustellen, ob das Uebereinkommen den Bestimmungen des Vertrages von Saint-Germain und des Genèver Protokolls von Jahre 1922 entspricht und in welcher Weise die Zollunion die Weltbegünstigungsaufhebung der britischen Handelsverträge mit Deutschland und Österreich berühren würde.

Zu der Beantwortung dieser Anfragen erklärte Henderson, die Methoden, die von Deutschland und Österreich gewählt worden seien, um vor der Zollunion Mitteilung zu machen, seien von einer Art gewesen, um Argwohn zu erregen und die Vorteile einer freimütigen Gedankenaustausch zu antizipieren, zu dem sich bei dem Zusammenstreifen in Genè und an anderen Stellen für die Vertreter der verschiedenen Regierungen Gelegenheit bietet. Deutschland und Österreich hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß ihr Vorschlag sich mit dem Genèver Protokoll von 1922 in

Übereinkimmung befände. Die Antwort Österreichs habe keinen Anlaß nach dem Zweifel bestanden, daß als die Deutschlands, die dahin ausgelegt werden könnte, daß eine rechtliche Prüfung der Frage möglicherweise ohne ihre Mitwirkung werde geführt werden müssen, und die Absicht ausdrückt, in der Zwischenzeit Verhandlungen mit Österreich zu führen.

Henderson fuhr fort, in der Annahme, daß die Deutsche Regierung seine Anregung vielleicht mitverstanden habe, habe er nach Berlin am 26. März telegraphisch, sein Vorschlag sei einfach dahin gegangen, daß, bevor die beiden Regierungen weiter fortzuschreiten, dem Völkerrundrat eine Gelegenheit gegeben werde

Das Echo der Henderson-Erklärung.

In Paris.

Die Erklärung Hendersons im Unterhaus findet in der Pariser Presse nicht die Zustimmung derjenigen Kreise, die eine energische Handlung gegen Deutschland und Österreich eingeleitet haben möchten.

Berlin hat wendet sich

im „Echo de Paris“ in scharfen Worten gegen den englischen Außenminister, dessen Erklärung er als sehr bedauerlich bezeichnet. Deutschland und Österreich wählten nun, daß ihnen die wohlwollende Haltung Englands sicher sei, während Briand noch vor wenigen Tagen den Rat befohlen habe, vor dem Senat zu betonen, daß die Haltung Englands absolut nicht als schwächend bezeichnet werden dürfe. Der Völkerrundrat sei unfähig, zu einer einstimmigen Entschließung zu gelangen.

Das „Littérature“ „Devoir“

glaubt an die Wirkung einer internationalen Aussprache vor dem Völkerrundrat. Der Saager Schiedsgerichtshof werde im Anschluß daran entscheiden, wenn der Völkerrundrat nicht anerkannt werde. Das Blatt will im übrigen wissen, daß die ehemaligen alliierten Mächte einen neuen diplomatischen Schritt vorbereiten, um Berlin und Wien dahin zu bringen, dieses Verfahren anzuerkennen.

In London.

In einer kritischen Beleuchtung der Erklärungen Hendersons über das österreichisch-deutsche Abkommen stellt der diplomatische Korrespondent des

„Daily Telegraph“ fest, daß der englische Außenminister der Substanz des Abkommens keineswegs vorgegriffen habe. Er habe vorläufigerweise auch die Verträge von Versailles und Saint-Germain nicht erwähnt, sondern sich nur auf gewisse Punkte beschränkt, die sich aus dem Genèver Protokoll vom Jahre 1922 ergeben hätten. Man müsse berücksichtigen, daß Deutschland an sich rechtlich mit dem ganzen Fall daher nichts zu tun habe, sondern es werde in keiner Eigenschaft als Ratmitglied vorausgesetzt alles tun, was eine ungünstige Entscheidung gegen Österreich zu verhindern.

Die „Times“

hoffen, daß die ganze Erörterung jetzt einen etwas ruhigeren Ton annehmen wird, nachdem Henderson sich entschieden habe, die Angelegenheit vor dem Völkerrundrat zu bringen. Da anscheinend Deutschland die Rinde Briands auch ziemlich ruhig aufgenommen habe, so könnten jetzt ruhiger Besprechungen beginnen.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Paris, 31. März.

Die Deutsche Handelskammer in Paris veranstaltete anlässlich an ihre Mitgliederversammlung im Carlton-Hotel ein Abendessen, an dem der deutsche Botschafter von Hoeh, Geschäftsrat Rieker sowie eine Reihe anderer französischer und deutscher Gäste teilnahmen. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Handelskammer, Fischer, sprach Botschafter von Hoeh über die Entwicklung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Im Anschluß an die jüngsten Ereignisse stellte er entgegen irtüheren Darstellungen fest, daß sich die deutsch-französische Handelsunion auf Grund des deutsch-französischen Handelsvertrages durchaus nicht so glänzend und einseitig zu Gunsten Deutschlands ausbilde, als viele der Anzeichen erweckt werde. Nach Abzug der Sachleistungen aus Reparationskonto sei ganz allgemein kein Ansturm des Handelsvertrages ein Plusdoldo Frankreichs zu Ungunsten Deutschlands festzustellen.

Die französischen Angaben ließen die Berechnung der Reparationsleistungen völlig außer Betracht. Die Aktivität der deutschen Handelsunion gegenüber Frankreich während der beiden letzten Jahre sei außerdem zum größten Teil auf die kritische wirtschaftliche Lage unserer Heimat zurückzuführen und die dadurch stark verringerte Wirtschaftsmöglichkeit des deutschen Marktes.

Als Vertreter der Vereinigung der deutschen Journalisten in Paris sprach Dr. Feilb.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es über die gegenwärtige politische Krise in den deutsch-französischen Beziehungen hinweg den Vertretern der deutschen Wirtschaft in Paris und ihrer Laikart gelingen möge, von Standpunkt der unbedingten Gleichberechtigung aus die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen einer wahrhaft gelunden und erproblichen Entwicklung entgegenzuführen.

Polnische Milliarden-Anleihe.

Das Geschäft macht Frankreich.

Warschau, 1. April.

Polen hat sich ziemlich lange bemühen müssen, bis ihm in Paris die Unterzeichnung eines Anleihe-Vertrages gegönnt ist, aber der Erfolg ist die Mühe und die Gesundheit. Man war zwar in Warschau schon seit Wochen darüber informiert worden, daß ein positiver Beschluß der Anleiheverhandlungen sicher sein werde, aber erst jetzt ist der formale Vertrag unterzeichnet worden, der der polnischen Regierung eine Milliarde Franken zur Verfügung stellt und der die Schaffung einer polnisch-französischen Gesellschaft für den Ausbau der Bahnlinie von Derschitz nach dem Hafen von Gdingen vorsieht.

Diese Bahn wird offiziell als „Kohlenbahn“ bezeichnet. Ihre strategische Bedeutung ist aber sicher für Frankreich und Polen nicht minder ausschlaggebend wie die Möglichkeit einer eigenen und direkten Landverbindung zwischen dem polnischen Kohlenrevier und dem Umschlaghafen an der Ostsee.

Der Besuch Jaleffs in Paris hat offenbar die letzten Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. In Polen aber sind die kritischen Stimmen gegenüber dem Anleihevertrage recht zahlreich und lebhaft. Es wird also, wenn die Einzelheiten des Anleihevertrages zur Diskussion gestellt werden, einen sehr lebhaften Meinungsaustrausch geben, der auch für uns in Deutschland aufschlußreich werden kann, sowohl hinsichtlich der Bindungen zwischen Paris und Warschau als auch im Hinblick auf die polnischen Pläne in der Richtung von Siedon nach Norden.

Nationalkongress für Gandhi.

Das Abkommen mit dem Vizekönig angenommen.

London, 31. März.

Der Hauptauschuss des indischen Nationalkongresses hat mit 350 gegen 2 Stimmen dem Frieden zwischen Gandhi und dem indischen Vizekönig zugestimmt und Gandhi ermächtigt, in der kommenden Konferenz am runden Tisch den indischen Nationalkongress zu vertreten.

Damit ist praktisch die Entscheidung über die Annahme des Paktes zwischen Gandhi und Lord Irwin durch den Kongress gefallen, da die Vollversammlung des Kongresses die am Sonntag ihre Arbeiten in Karachi unter Beteiligung von fast 300 Abgeordneten aus ganz Indien begann, nunmehr nur noch den Hauptauschuss durch ein Vertreterkontingent unterstützen könnte. Dies muß aber als Ausschlag gegeben gelten, weil dies zugleich ein Vertreterkontingent gegen Gandhi sein würde, der heute mehr denn je als der Führer des nationalen Kampfes gilt. Die Entscheidung des Nationalkongresses, die hinter verschlossenen Türen fiel, wurde von mehr als 100 000 Menschen begrüßt, die ängstlich auf die Entscheidung warteten.

Deutsche Tageschau.

Wahlbescheid für den Gefangenwahl.

Anlässlich der Aufzählung der Betretung der Reichsregierung in München fand in der Reichstagskammer zu Berlin zu Ehren des Gefangenwahl von Heimhausen eine Wahlbescheid statt. Der Reichstagskanzler dankte Herrn von Janiel in herzlichsten Worten für die in den verschiedenen Kreisen dem Reich geleistete heroische Arbeit und hob dabei insbesondere die Verdienste hervor, die sich Herr von Janiel als Vertreter der Reichsregierung in München erworben hat.

Die DNDP. Thüringen zur Koalitionsträger.

Die Deutschnationalen Volkspartei hielt in Erfurt eine Vertreterversammlung für den Thüringer Reichstagswahlkreis ab, in der auch zur Thüringer Koalitionsträger Stellung genommen wurde. Die Versammlung nahm eine Entscheidung an, nach der die Deutschnationale Landtagsfraktion das sozialdemokratische Ministerium gegen die nationalsozialistische Regierungsmittler Dr. Fried und Staatsrat Marschall ablehnt. Die Deutschnationale Volkspartei werde sich an keiner Regierung beteiligen, die in irgendwelcher Weise von Gunst oder Gemächlichkeiten leitens marxistischer Gruppen abhängig ist. Sie werde sich folgerichtig nur an einer Regierung beteiligen, die durch die keine Parlamentarismusverleugung gemacht werde, die die Regierung Baum, Fried, Kästner gemäßigt hat.

Ergebnis der Betriebsräteahlen in Ruhrbezirk. Nach dem vorliegenden vorläufigen Ergebnis der Betriebsräteahlen im Ruhrbezirk erhielten aus 182 von rund 190 Schachanlagen an Stimmern: Freie Gewerkschaften 80 119 (28 902 i. S.), Christliche Gewerkschaften 54 165 (77 694), Christlich-Deutscher Gewerkschaften 1825 (5332), Polen 165 (294), NSD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) 62 683 (68 824), Sozialisten 204 (4234), Deutsche Arbeiter 10 189 (8885), Nationalsozialisten 7986 (—).

Auslands-Rundschau.

Nach Osnern Regionalvertrag auch mit Ungarn.

Der österreichische Außenminister Dr. Schober empfangt die Wiener Vertreter der auswärtigen Presse zu einer Aussprache über die österreichisch-deutsche Zollunion. Der Außenminister teilte dabei mit, daß mit Ungarn nach Osnern ein ähnliches regionales Zollabkommen abgeschlossen werden würde. Mit Jugoslawien und Rumänien würden gleichfalls diesbezügliche Verhandlungen beginnen.

600 Millionen Mark Fehlbetrag im englischen Haushalt. Der englische Schatzkanzler wird am 27. April seine mit großer Spannung erwartete Haushaltsrede halten. Die Rede wird deshalb von besonderem Interesse sein, weil der englische Staatshaushalt in diesem Jahre mit einem Fehlbetrag von über 30 Millionen Pfund (etwa 600 Millionen Mark) abschließt.

Apfow wieder in Gnaden aufgenommen.

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der Sowjetunion hat den ehemaligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Apfow, zum Volkskommissar für Post und Telegraphen ernannt. Apfow hat sich bereit erklärt, sofort sein Amt anzutreten. Die Wiederannahme Apfows in den Rat der Volkskommissare ist darauf zurückzuführen, daß Apfow in der vergangenen Woche der Parteiliste eine Denkschrift übermittelt hat, in der er seine politischen Gesinnung feststellt und sich in jeder Weise den Beschlüssen des letzten Parteikongresses unterwirft.

Neine politische Meldungen.

Anträge auf Einberufung des Reichstages. Die Anträge der Rechtsopposition und der Kommission auf Einberufung des Reichstages sind nunmehr im Reichstag eingegangen. Wie verlautet, wird sich der Reichsterrat erst nach den Dierkerien mit diesen Anträgen beschäftigen.

Der Rohmaterial für die Nordwestgruppe gefährdet. Der Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat entsprechend seiner Ankündigung den Rahmen

tarif für den Bezirk der Gruppe Nordwest freigestellt zum 31. Mai gekündigt.

Internationaler Tuberkulose-Kongress in Bordeaux. In Bordeaux wurde ein internationaler Tuberkulose-Kongress eröffnet, an dem etwa 800 Vertreter aus allen Staaten Europas und Amerikas teilnahmen.

Ein neues italienisches Interkont. Ein neues italienisches Interkont „Angero VII“ wurde vom Stapel gelassen. Es hat eine Länge von 69 Metern und eine Wasserdrängung von 1150 Tonnen unter Wasser.

Erfolg der Franzosen in Marokko. Die französischen Truppen haben an der algerisch-marokkanischen Grenze in El Harun eine neue Stellung besetzt, die die Verbindung zwischen Erfud und Laus sichert. Die neue Stellung gestattet es, die Romadenstämme von Hamada und Sig zu überfallen.

Aus der Umgegend

Nebra, 2. April.

Passionsgedanken.

Während der Passionszeit ist unser Denken ein anderes geworden. Wir lehnen uns an ein Vorbild an, das die Menschen nicht rechtzeitig als solches erkannt haben, sondern es in der Einnahme und an Kreuz schlugen. Und nun sind uns Menschen die Augen endlich geöffnet. Wir sehen auf zu unserem Heiland und versuchen, ihm nachzueifern. Nicht alle, ein Teil nur, denn die anderen sind inzwischen schon wieder abtrünnig geworden. Die aber, die wirklich glauben, gedanken in vielen Tagen seiner Werte, seiner Herzergüsse und seiner Duldsamkeit. Vor mir liegt ein kleines Bündchen mit Gebeten, und eines ist darunter das so recht in die Passionszeit hineinpaßt. Es ist von Luis Jensen geschrieben und lautet:

„Wenn dich Menschen kränken
Durr, Verrat und Trug,
Solst du fromm gebenden,
Was dein Herz ertrug!“

Hieraus spricht die Aufforderung zur Anlehnung an unser Vorbild. Wir sollen gedanken, was Christus an Schmach und Kränkung ertrug. Wir sollen über die Belästigungen und Schmähdungen anderer Menschen großzügig hinweggehen, weil Christus es ebenso getan hat. Kann uns denn eigentlich ein Mensch kränken, der unter Umständen nur dasseil ist, wie wir? Regiert uns denn ein anderer Mensch, oder ist er gar unser Lebensruhr? Kränken kann uns nur ein anderer, ungerogener Mensch. Wir können uns in diesen Passionsstagen vor all diesen losagen. Wir haben unser Vorbild in Gottes Sohn, Christus, und wir gedanken fromm, was er einst erdulden mußte. Unser Frieden wird größer, unsere Seele wird ruhiger, wenn wir es so halten. Alles Irdische ist Schall und Rauch, nur aus dem Jenseits kann uns ein wahres Seil erstrecken!

Des Karfreitags wegen tritt keine Aenderung in der Ausgabe des Anzeigers ein. Größere Anzeigen bitten wir am Donnerstag in der Geschäftsstelle einzuliefern; nur kleine Anzeigen können bis Freitag mittags 12 Uhr noch aufgegeben werden.

— Eine totale Mondfinsternis am 2. April. Eine totale Mondfinsternis tritt am Abend des 2. April für unsere Gegend ein und wird aller Voraussicht nach gut zu beobachten sein. Der Beginn wird auf 19.23 Uhr berechnet. 21.53 Uhr verläßt der Mond wieder den Erdschatten, und seine Größe wird immer größer, bis unter fremdlicher Begleitung um 22.52 Uhr wieder in runder Schönheit erstarrt. Der Höhepunkt der Verfinsternung wird um 21.07 Uhr erreicht. Hoffentlich ist das Wetter lo, daß das Himmels Schauspiel gut beobachtet werden kann.

— Ein Luftballon überlag gestern nachmittags 1/4 4 Uhr in beträchtlicher Höhe in südwestlicher Richtung unsere Stadt. Der Name sowie Nummer des Ballons waren nicht zu erkennen.

— Stadtklichtspiele. Die Katastrophe des Orient-Expreß werden die Stadtklichtspiele ihren Besuchern am Karfreitag vorführen. Der gemäliche Film, der mehrere Wochen von den ersten Lichtspielhäusern der Großstädte mit großem Erfolg gezeigt wurde, setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Der erste Teil: „Malenes Blut und Sinde“ schildert die Lebensgeschichte eines Lokomotivführers, in der er sich an seinem Sohn und seiner Pflegeeltern Norma, der Hauptperson des Filmmovies, verlobt. Im zweiten Teil: „Sühne!“ kommt ihm seine große Schuld lo recht zum Bewußtsein. Nach der großen Eisenbahnkatastrophe des Orient-Expreß, bei der er sein Augenlicht verlor, hat er versucht, es zu fassen, was er an der menschlichen Gesellschaft verhandelt hat.

— Gesellschaftsfahrten zu Osnern. Wie von der Reichsbahn mitgeteilt wird, können während des diesjährigen Osterfestes Gesellschaftsfahrten mit Fahrpreisermäßigung unumgekehrt durchgeführt werden.

— Unfall. In den Nachmittagsstunden des Dienstag wurde in der Bahnhofsstraße ein Kind des Eisenbahners Knie von einem aus der Postkutsche kommenden Radfahrer angefahren. Das Kind trug harte blutende Verletzungen am Kopf davon. Wie einmündig festgestellt ist, trifft den Radfahrer kein Verschulden. Es können daher die Eltern nicht genug darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Straße kein Spielplatz ist, denn bei dem heutigen lebhaften Straßenverkehr ist leicht ein Unfall geschehen, der weit schlimmere Folgen haben kann. Ein weiterer beliebter Spielplatz ist für die Kinder die Neue Weide, eine unserer verkehrsreichsten Straßen, wo fast alle zwei Minuten ein Auto durchfährt. Man wundert sich nur, daß sich hier noch kein Unfall zugefallen hat. Es sollten doch die Eltern ihre Kinder auf die Gefahren aufmerksam machen und ihnen das Spielen auf den Straßen unterlassen.

— Ledigen-Zusatz. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß die Arbeitgeber auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 verpflichtet sind, den Zuschlag zur Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer, der ursprünglich am 31. März 1931 außer Kraft treten sollte, bis zum 31. März 1932 — also für das ganze Rechnungsjahr 1931 — weiter zu erheben. Der Zuschlag beträgt bei Tarifem, Gratifikationen und anderen einmaligen Einnahmen 1 v. S., die gesamte Lohnsteuer also 11 v. S. der einmaligen Einnahmen. Bei laufenden Besalgen ist der Ledigenzuschlag wie bisher zu berechnen.

— Infrantwischen-Melioration. Die seit mehreren Jahren beabsichtigte Melioration der Untertweissen von Nebra bis nach Frensburg ist in ein neues Stadium gerückt insofern, als nunmehr die Termine zur Bildung einer Wassergenossenschaft festgelegt sind. Am 13. April 1931 abmittags 10 Uhr

findet im Schützenhaus in Laucha der erste Termin für die Beteiligten, deren Grundstücke in den Gemarkungen Laucha, Dornsdorf, Kirchgeorgen, Burgschleibungen und Gleina liegen, statt. Am folgenden Tage ist der nächste Termin für die Beteiligten der Gemarkungen Frensburg, Jüchepitz, Weißpitz und Gleditzsch in Frensburg in der „Beinträube“ und wieder am folgenden Tage im Schützenhaus in Nebra für die Beteiligten der Gemarkungen Kleinweingen, Wittenburg-Pretitz, Nebra, Neinsof und Carsof. Als Tagesordnung für die Termine ist vorgesehen: 1. Beschlußfassung über den Plan. 2. Beschlußfassung über die Bildung der Genossenschaft. 3. Beschlußfassung über die Satzung, gegebenenfalls 4. Beschlußfassung über die Anwendung des Beitrittzwangs und 5. Wahl von Bevollmächtigten. Der Plan für die Melioration und der Satzungsentwurf liegen für die Beteiligten in der Zeit vom 1. April 1931 bis zum 9. April 1931 im Büro des Magistrats in Laucha zur Einsicht aus.

— Arbeitsmarkt in Finnland. Finnland hat seit etwa 2 1/2 Jahren mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen, die eine alle Gruppen umfassende Arbeitslosigkeit von bisher nicht gefanntem Umfang mit sich geführt hat. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß frei werdende Stellen in erster Linie mit finnischen Staatsangehörigen besetzt werden. Die Aussichten für Ausländer, also auch für deutsche Arbeitsangehörige, in Finnland eine Anstellung zu finden, sind daher äußerst gering; sie beschränken sich fast ausschließlich auf die besonders vom Arbeitgeber angeforderten Spezialisten, weil die finnischen Behörden nur diesen Spezialisten im Bedarfsfälle die für die Annahme einer Anstellung über die Ausübung einer sonstigen beruflichen Tätigkeit erforderliche Arbeitserlaubnis erteilen. Auch diese Spezialisten müssen bereits bei der Einreise nach Finnland die Arbeitserlaubnis, die ihnen von dem finnischen Arbeitgeber erwirkt und von den finnischen Auslandsbehörden im Reisepaß vermerkt wird, besitzen. Unter diesen Umständen haben die z. Zt. immer noch vielfach unternommenen Versuche, sich erst nach erfolgtem Ueberföhren der finnischen Grenze nach einer Anstellung umzusetzen, keinerlei Aussichten auf Erfolg. Es muß daher dringend vor beratigen zwecklosen und kostspieligen Unternehmungen gewarnt werden.

Laucha. Einen feigen Ueberfall verübten in der Nacht zum Sonntag eine Anzahl politischer Gegner aus 9 Dornsdorfer Nationalsozialisten und Jungschulheimer, welche von der Verklammerung der Nationalsozialisten nach Hause gingen, auf der Wasserstraße. Mit Ketten und Eisen bewaffnet fielen sie über die Wohnungsboten her, schlugen auf sie ein, unterstufeten sie nach Waffen (!) und mit den Worten „Bürgerkrieg!“ spielten sie sich als Herren der Straße auf, da sie wußten, daß die anderen ausgerichteten Nationalsozialisten nach Hause gefahren waren. Es ist Anzeige erstattet worden.

Bad Bibra (Kr. Ebersberg). Die Finanzlage von Bad Bibra ist demnach bedrohlich, daß sich die Stadt nicht einmal in der Lage sieht, die Gehälter der städtischen Angestellten für den kommenden Monat zu zahlen. Die Stadtratsordnen beschlossen daher, für diesen Zweck einen kurzfristigen Kredit in Höhe von 1750 Mark aufzunehmen. Der Antrag wurde meierlich mit einer Mehrheit von 4500 Mark einstimmig zugestimmt. Der Fehlbetrag für das laufende Jahr beträgt 9000 Mark, doch weiß man nicht, wo man die Mittel zu seiner Deckung hernehmen soll.

Galke. Ein junges Mädchen, das in einem hiesigen Krankenhaus beschützt war, erlitt, als es sich beim Betreten eines Raumes plötzlich einem Feuert gegenüber sah, einen Nervenzusammenbruch. Es erholte sich zwar wieder, aber nach einigen Tagen zeigten sich die Folgen. Das Mädchen verlor die Sprache und mußte in bewußtlosen Zustande in die Nervenklinik gebracht werden.

Hannsburg b. Jöh. Beim Umwerfen eines gerodeten Obstbaumes wurde der 4jährige Knabe der Familie Hünner lo unglücklich hinter dem rechten Ohr getroffen, daß die Schlagader verletzete wurde und der Tod sofort eintrat.

Schwendig. Der arbeitslose Bergmann Otto Schmidt in Dersperke hat auf dem Hausboden seiner Frau die Kehle durchschnitten. Nach der Tat hat er sich zur Eiperieder Höhe gegeben und dort am Flußuennem erhängt.

Galke. Der zweite Bundesführer des „Stahlhelm“, Oberstleutnant a. D. Duellert, äußerte sich über die Reichsreform der Wehrmacht über die Grund zur Einleitung des Volksbegehrens, um die preußischen Landtagswahlen um einige Monate zu beschleunigen. Sie müßten, wenn möglich, im Herbst 1931 stattfinden. Zwei außerpolitische und einen innenpolitischen Grund führte der Redner dafür an: 1932 müßte in Genf die große Entscheidung über die Wehrmacht Deutschlands fallen, da nach den Wehrbestimmungen nur alle zehn Jahre eine beratende Konferenz stattfinden dürfe, die den Rüstungsstand der einzelnen Länder zu prüfen habe. Dazu geböre aber eine nationale Reichsregierung und eine national gerichtete preußische Regierung. Aber auch die Revision der Tribunfrage tiebe an politischen Himmel. Nach der Wehrmachts- und Finanzlage Deutschlands hätte es der Stahlhelm für unmöglich, die Regelung dieser Frage bis nach der amerikanischen Präsidentswahl, also bis 1933, zu verzögern.

Über die Aussichten des Volksbegehrens meinte der Redner, gelinge es, sieben bis acht Millionen zu erreichen, so sei es möglich, daß die betreffenden Parteien ihrerseits den Landtag zur Auflösung bräuchten. So würde der Volksanführer der 13 Millionen erfordere, überfällig werden. Der für ihn notwendige Gewinn von zwei bis drei Millionen Stimmen könnte bei festem Willen erreicht werden aus der Partei der Nichtwähler und aus den Reihen des Zentrums. In vielen Teilen des Landes hätten sich Zentrumstreue schon heute bereit erklärt, Volksbegehren und Volksentscheid mitzumachen. Sie würden demnach öffentlich gegen die Entscheidung den Kampf um die bis 9 Millionen Stimmen sein, eben lo schwer, wie der Kampf um das rote Mitteldeutschland vor zehn Jahren, denn diese ebenfalls für auschislos gehalten haben.

Haberstadt. Von der Drilmmaschine erfährt. In Langenstein geriet ein Hofpörmaler, nachdem die Werke schon geworden waren, unter die Drilmmaschine und erlitt schwere Verletzungen. Der Geschwinder, der das Gelpann aufstellen wollte, wurde durch Hufschlage lo schwer verletzt. Die beiden Verunglückten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Sangerhausen. Aus Sparkassenstiftungen löste die zum 1. April treuwerdende Stelle des Stadtoberinspektors nicht wieder belegt werden. Das Arbeitspensum soll probenweise auf die übrigen Beamten verteilt werden.

Neues aus aller Welt.

Der verunglückte Sohn des preussischen Kultusministers gestorben. Der in Berlin von dem Ansjänger eines Luftschiffmagazins überlebende Sohn des preussischen Kultusministers Grafen v. Helldorff ist gestorben. Die Verletzungen schienen im Anfang nur leichter Natur zu sein. Die eigentliche Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die auf einer Fahrt nach dem Süden befindlichen Eltern wurden telegraphisch zurückerufen.

Vater verurteilt seine Kinder zu erschlagen und verurteilt Selbstmord. Eine furchtbare Missetat ist in der Ortschaft Williamsdorf bei Bad Meinzer verübt worden. Der Schlichte Kriegsbeschädigte und Stellenbesitzer Paul Richter verurteilte mit einem furchtbaren Gegenstand seine drei Kinder im Alter von zwei, sechs und acht Jahren zu erschlagen, während seine Frau im Stall beschliffen war. Als die Frau um 6 Uhr die Wohnung betrat, war das zweiährige Kind bereits tot, während die beiden anderen noch lebten. Ihre Verletzungen sind jedoch so schwer, daß sie nicht einmal transportfähig sind. Nach der Verbringung jeder Schlinge durch Erhängen. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß er die Tat in einem Anfall von Schwermut verübt hat.

Größere in Schlammung (Steiermark). Das Städtchen Schlamming in Obersteiermark wurde von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht. Uns unbekannter Ursache entstand auf dem Kirchplatz ein Brand. Der heftige Sturm trug die Flammen über die Stadt, so daß zehn weitere Gebäude in Flammen gerieten. Die meisten Gebäude wurden zerstört und der Besondere bemerksenswert eine heilige Kapelle. Trotz der Arbeiten von 17 Feuerwehren gelang es erst nach 3 1/2 Stunden, den Brand einzudämmen. Durch Funkenflug wurden 20 Begünstigten von Schlammung entzweit noch ein Gasthaus und das Anwesen eines Besitzers in Brand gelegt und ebenfalls vernichtet. Insgesamt sind infolge dessen die Kirche und zehn Gebäude in Schlammung und zwei Gebäude außerhalb Schlammings niedergebrannt.

Der Pianist Bachhaus in Bukarest. Der deutsche Pianist Bachhaus gab in Bukarest eine Reihe von Konzerten, die ihm außerordentliche Ehrentugenden eintrugen. So verließ der König dem Künstler die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft.

Eine Teigwarenfabrik niedergebrannt. In der großen Teigwaren- und Panieremfabrik A. Reblom & Co. in Ritterswille im Konton Jülich brach Großfeuer aus, das in den großen Lager- und Kellerräumen rasche Ausbreitung fand und sich sehr rasch ausbreitete. Die Fabrikgebäude mit allen Lagerverräumern brannten vollständig nieder. Der Schaden wird auf 800 000 Franken geschätzt.

Maul- und Klauenjuche bei Ratten festgestellt? Tierärzte haben auf einem Bauernhof in Nystöbingen Fälle bei Ratten Maul- und Klauenjuche festgestellt, eine Erscheinung, die man bisher noch nie beobachtet hat. Das Laboratorium der Landwirtschaftlichen Hochschule in Rosenhanzen wird die größten Feststellungen überprüfen. Befähigen sie sich, so wird man neue Theorien über diese furchtbare Tierkrankheit aufstellen müssen, und man glaubt dann, das Rätsel der Maul- und Klauenjuche endlich lösen zu können.

Eine Schuhfabrik eingestürzt. In Verniers (Belgien) wurde eine Schuhfabrik eingestürzt. Der Schaden soll sich auf zwei Millionen Franken belaufen.

Vollendung eines deutschen Ballons in Romansweiler. Ein deutscher mehrerer Ballons in Romansweiler mußte bei Romansweiler in Vöhringen notlanden. Die Landung ist ohne Schwierigkeiten vollzogen gegangen. Die Insassen des Ballons durften nach Feststellung ihrer Personalien durch die französischen Behörden wieder nach Deutschland zurückkehren.

Neuer französischer Dauerflugversuch. Die beiden französischen Flieger Paulard und Wermoz, bekannt durch ihren direkten Flug über Paris, sind in der Nacht vom 21. u. 22. aufgestiegen, um den erst vor kurzem verheerenden Weltrekord im Dauer- und Streckenflug auf abgesetzter Strecke zu überbieten. Die Flieger benutzten einen Eindecker mit Namen „Tango“, der mit voller Beladung neun Tonnen wiegt. Die Wetterverhältnisse lauten bisher sehr günstig. — Nach den beiden Flügen der Zeit um drei Uhr hat sich entschieden, in den nächsten Tagen einen erneuten Angriff auf den Dauer- und Streckenrekord zu unternehmen. Die beiden Flieger haben bekanntlich erst vor einigen Tagen verschiedene Weltrekorde mit Auslastung von 500 Kilogramm, 1000 und 2000 Kilogramm an sich gebracht, mußten aber bereits dreimal ihren Angriff auf den Weltrekord im Dauer- und Streckenflug abbrechen.

„Affäre Dreynus“ soll zunächst in der Provinz aufgeführt werden. Die „Affäre Dreynus“ ist ein Stück vom Spielplan des Theaters Ambigu in Paris abgesetzt worden. Das Stück wird nunmehr in einer Reihe von Provinztheatern aufgeführt werden und soll später auf Boulevardbühnen gespielt werden. — Die Streichung vom Spielplan ist nicht etwa auf die Initiative des Theaterdirektors zurückzuführen, sondern vielmehr auf Wunsch der Polizei erfolgt. Die zwar kein Verbot aussprechen konnte, dem Direktor aber zu verstehen gegeben hatte, daß sie sich nicht in der Lage fühle, täglich über tausend Polizeibeamte zu mobilisieren, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Drei Nationalsozialisten in der Tschadkoloniale verhaftet. Eine Abteilung jugendlicher reichsdeutscher Nationalsozialisten aus der Umgebung von Görlitz unternahm einen Ausflug nach Friedrich in Nordböhmen. Untermweg sollen Befehlsbeispiele abgehört worden sein. An Friedrich ist eine Gruppe von der Heideschützen Gendarmerie gestellt worden. Während der Größe Teil mit einem Luftschiffmagazin zwangsweise über die Grenze zurückgeführt worden sei, habe man drei jugendliche Nationalsozialisten verhaftet und ins Kreisgefängnis Weichenberg eingeliefert, wo sie sich noch befinden. Es werde gegen sie die Anklage erhoben, einen militärischen Anschlag auf die Tschadkoloniale geplant und dadurch das Gebiet zum Schutze der Republik verlegt zu haben.

Brand im Pariser Zentral-Telephonamt. In dem im westlichen Teil der Stadt Paris gelegenen Zentraltelephonamt Carnot, in dem vier Arbeiter untergebracht sind, brach ein Großfeuer aus. Als die Feuerwehr eintraf, stand bereits das ganze Gebäude in Flammen. Der Direktor des Amtes ließ unverzüglich für die ganze Anlage den elektrischen Strom sperren. Da die Gefahr bestand, daß sich der Brand auch auf einen Teil der Nebengebäude ausdehnen, mußten viele Bewohner umliegender Häuser ihre Wohnungen räumen. Der Feuerwehr gelang es schließlich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Neuer großer Erdbeben in Südfrankreich. Bei Bonnevial unweit Valence hat sich ein großer Erdbeben ereignet, durch den die Gemeinde Bonnevial und umfangreiche flache Wäldungen bedroht sind. Ein großer Teil des Waldes ist bereits von den Erdmassen, die etwa 4 Millionen

Kubikmeter umfassen, überflutet und zerstört worden. Vertreter der Behörden sind in der Gefahrenzone eingetroffen. Es besteht keine Möglichkeit, die Erdmassen auf ihrem vorübergehenden Weg aufzuhalten. Ein Teil der Häuser, die zur Gemeinde Bonnevial gehören, ist geräumt worden.

Zwei Paddler ertrunken. Zwei junge Leute paddelten bei Duisburg auf der Ruhr in der Nähe des Stauwehres. Sie fuhren aufeinander zu nahe an das Stauwehr heran, so daß das Boot von der Strömung erfaßt und die Paddler durch die Wellen getrieben wurden. Die Paddler wurden von einem Boot erfaßt und ertranken. Ihre Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden. Es handelt sich um den 18jährigen Anton Schmidt aus Osterfeld und den gleichaltrigen Erich Zippe, ebenfalls aus Osterfeld. Das Paddelboot wurde schwer beschädigt.

Selbstmordhelfer im Kraftwagen. Auf tragliche Weise beging eine junge Australierin Selbstmord, die sich seit einigen Wochen in Witzia aufhielt. Am Sonntagmorgen beschloß sie ihren eigenen Kraftwagen und raste mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern davon. An einer Stelle, an der der Weg eine scharfe Kurve macht und an seiner Außenlinie an einen Abgrund von 150 Metern Tiefe grenzt, gab die junge Frau ihren Wagen die Richtung in den Abgrund. Der Wagen flog die Klippe, die Australierin wurde bis zur Unkenntlichkeit verstimmt unter den Trümmern des Wagens aufgefunden. In ihrer Handtasche fand man einen Brief an ihre Eltern, in dem sie diesen ihre Absicht, Selbstmord zu begehen, mitteilt.

Segelstugvorführungen eines Deutschen in England. Während des Wochenendes fanden in der Nähe von Bolton größere Segelstugvorführungen statt, bei denen der deutsche Segelstugbooter unter der Leitung von E. K. Schönlank ausführende, so daß sich der Zuschauer eine lebhaft ausgeführte. Manergruppe ist zur Zeit Lehrer an dem Segelstugklub in Scarborough.

36stündiger Schneeeinbruch in Amerika. Die amerikanischen Bundesstaaten Colorado, Nebraska, Wyoming und New Mexico sind von einem furchtbaren 36stündigen Schneeeinbruch heimgesucht worden, der nach den bisherigen Meldungen 16 Tote opfer gefordert und großen Sachschaden angerichtet hat. Zahlreiche Viehherden sind vermisst worden.

Chinesischer Dampfer mit 21 Mann gesunken. Ein chinesischer Dampfer mit 21 Mann Besatzung, der am 18. März Alexandria auf der Insel Sadahin verlaufen ist, ist in einen Taifun geraten und untergegangen. Japanische Dampfer haben mehrere Male der Besatzung zu Hilfe gefunden. Der verunglückte Dampfer hatte seine Funktion an Bord und war daher nicht imstande, Hilfe zu ersuchen.

Sünderes Familiendrama. Müller (Kreuz Glah), 1. April. Der 54 Jahre alte Stellenbesitzer Paul Zedler in Ugendorf bei Müders wurde erhängt aufgefunden. Zedler hat Selbstmord verübt, zuvor aber seinen drei Kindern im Alter von 2, 6 und 8 Jahren die Kehle durchgeschnitten.

Schweres Bergverwundungsfeld in Asturien.

19 Tote. Paris, 1. April. Wie haben aus Oviedo meldet, wurde ein Schacht der Mosquitos-Grube, in dem 28 Arbeiter beschäftigt sind, von einer Schlagwetterkatastrophe heimgesucht. Bislang sind 19 Tote und vier Schwerverletzte geborgen worden. Man befürchtet, daß die übrigen fünf nicht gerettet werden können.

Sprengstofffund in Breslau.

Riesige Mengen bei Kommunisten beschlagnahmt. Breslau, 1. März. Die Breslauer Kriminalpolizei hat in einer Garage, in der ein Auto der kommunistischen Arbeiter-Zeitung untergebracht ist, große Mengen Sprengstoffe mit Sprengkapseln und Zündschnüren beschlagnahmt. Die Sprengstoffe hätten, wie mitgeteilt wird, ein großes Häuserblocks in die Luft zu sprengen.

Auf Erfragen des Oberreichtsanwalts dürfen keinerlei nähere Angaben gemacht werden, da in einer ganzen Reihe von Städten ebenfalls kommunistische Sprengstofflager aufgedeckt worden sind und man annimmt, daß die Ermittlungen durch eingehende Verhörsmaßnahmen gefördert werden. Die Kriminalpolizei hat in Breslau erst jetzt nach längerer Beobachtung zugegriffen, da man im Interesse der Öffentlichkeit nicht länger warten zu können glaube. Aus dem vorhandenen Material hätten ohne Schwierigkeiten sofort verwendungsfähige Bomben hergestellt werden können. Der Vorfühler, der offenbar mit der Vermahlung des Sprengstofflagers betraut war, ist verhaftet worden. Die polizeilichen Ermittlungen, insbesondere darüber, woher das beschlagnahmte Material kommt, sind noch nicht abgeschlossen.

Fritz in Thüringen gestürzt!

Weimar, 1. April. Im Thüringer Landtag wurden heute Witwack demnach die sozialdemokratischen Mitrazensanträge gegen Staatsminister Dr. Fritz und Staatsrat Warfner mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der übrigen Regierungsparteien angenommen. Damit sind Fritz und Warfner gestürzt.

Ein Erdbeben,

das nach vorläufigen Schätzungen mehr als 1000 Menschenopfer gefordert hat, wird aus dem amerikanischen Staate Nicaragua gemeldet. Die Hauptstadt des Landes, Managua ist durch das Erdbeben vollkommen in Trümmer gelegt worden. Das Unglück ereignete sich in der Nacht vom 30. zum 31. März und zur Stunde ist all das Unglück noch nicht zu übersehen, weil jegliche Verbindung mit dem Erdbebenepizentrum unterbrochen ist. Hilfe durch Kreuzzug ist unterwegs. Nahrungsmittel und Wasserangelang steuern die Not der Überlebenden.

Die Landvolkpartei Provinz Sachsen hinter der Reichstagsfraktion

Im Anschluß an die bereits mitgeteilten grundsätzlichen Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Landvolkpartei und Landesvorsitzenden Dr. Gesele-Pressel und an Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Semeter und des Landesabgeordneten Heden sagte der Vorstand des Landesverbandes Provinz Sachsen der Landvolkpartei am Montag in Halle einstimmig folgende Entschliessung: Der Gesamtvorstand der Landvolkpartei, Landesverband Provinz Sachsen, billigt die Faltung der Reichstagsfraktion bei den Schlussberatungen über den Reichs-Etat und über die Agrarvorlagen der Reichsregierung. Er hält in Ueberein-

stimmung mit der Reichstagsfraktion insbesondere die Annahme des Agrarermäßigungsgesetzes für erforderlich, da sonst sowohl die Getreidemittelwirtschaft wie die bäuerliche Veredelungswirtschaft ohne Zolleistung der übermächtigen Konkurrenz des Auslandes preisgegeben worden wäre. Entschieden für den Wert des Ermäßigungsgesetzes wird sein, wie es praktisch gehandhabt wird. Die Landvolkpartei hat das Vertrauen zu Minister Schiele, daß er das Möglichste für die Landwirtschaft herauszubringen wird. Von dem gelamten Reichskabinett aber erwartet sie, daß es den Reichsernährungsminister nachdrücklich hierbei, wie bei allen Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft unterstützt.

Mit allem Nachdruck stellt der Landesverband fest, daß die Verschlechterungen im Ermäßigungsgele und im Döschle-gele leblich durch das Fernbleiben der Deutschnationalen und Nationalsozialisten möglich waren.

Erneut betont der Landesverband, daß er sich mit aller Kraft für eine erfolgreiche Durchführung des Stahlhelm-Volksbegehrens zur Auflösung des Preussischen Landtages einsetzen wird.

Der Gegner lügt.

(Eingelant) Die marxistische Presse, darunter auch das hier und in der Umgegend teilweise geleitete „Volksblatt“ brachte vor einigen Tagen einen Brief mit der Unterschrift Wolf Sillers, demzufolge die NSDAP enorme Geldsummen durch einige Direktoren der Großindustrie erhalten haben soll. Es wurden im Zusammenhang damit verschiedene Namen genannt. Zu dieser vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptung gibt der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im „Volksischen Beobachter“ vom 31.3.31 folgende Erklärung ab:

„Wieder eine Lüge angeprangert“ Die Antipresse verbreitet einen Brief, der meinen Namen als Unterschrift trägt, nach welchem von einer Reihe mit Namen genannter Firmen, deren Inhaber ebenso wie namentlich genannte Direktoren Parteigenossen sein sollen, Kampfschreiben eingegangen seien. Der Brief ist eine Fälschung. Ich habe niemals einen derartigen Brief geschrieben. Die darin genannten Firmen, deren Inhaber oder Leiter, ebenso wie die genannten Direktoren, haben keinerlei finanzielle oder sonstige Zuwendungen an mich oder die NSDAP, direkt oder indirekt getätigt. Die Inhaber, Leiter und Direktoren sind oder waren nicht Mitglieder der NSDAP. Sie sind mir sämtlich unbekannt.

Ich habe gegen den Urheber der Fälschung Strafanzeige erlatet. gez.: Adolf Siller.“

Somit ist wiederum eine marxistische Lüge entlarvt.

Spiel und Sport.

Nebrauer Sportvereinigungen 1924.

Kartfreitag finden auf unserem Sportplatz 2 interessante Treffen statt. Um 2 Uhr stehen sich die beiderseitigen 1. Damenhandballmannschaften von

Sp. V. „Borussia 02“ Halle — N. S. B. 24.

gegenüber. Sollte verjährt über sehr gute Kräfte, jedoch sich ein Besuch des Spieles lohnt. Die Leitung liegt in Händen des Herrn Käder (Borussia Halle). Anschließend um 3 Uhr spielen

Sp. V. „Borussia 02“ Halle Sondern. — N. S. B. 24. I. Serren.

Sier wird unsere 1. Elf auf einen sehr schweren Gegner treffen, denn „Borussia 02“ sicherte sich in der Verbandsspielliste fall in allen Klassen die Meisterschaft. In der Sondermannschaft spielen zum arbeits Teil frühere Mannschaften, und alle sind und daher sicherlich ein anspannendes Moment reiches Spiel bieten. Die Ausrichter für uns sind daher nicht allzuarbeit, da wir auch obenrein noch für erkrankte Spieler Ersatz einstellen müssen. Hoffentlich wird sich unsere Mannschaft einmühen und durchsetzen. Als Unvergleichlicher fungiert Herr Springmann (N. S. B. Artzen), der dem Spiel ein gesteigertes Leben sein wird. Unsere Mannschaft spielt voraussichtlich in folgender Aufstellung:

Führer Ernemann
Bermer I. Stühner Kluge
Bermer I. Holland Reinhold Kömmer Lande
Da wieder einmal etwas „Seltenes“ geboten wird, möchten wir den Besuch jedem Sportinteressenten empfehlen, noch zumal das Eintrittsgeld sehr niedrig gehalten ist.

Am 1. Osterfeiertag spielt die 1. Elf gegen den N. S. B. Trebbin b. Ludenwalde. Die Mannschaft verläßt Nebra am Ostermorgen mittags 12.30 Uhr und besucht am 2. Osterfeiertag nach Berlin. Ueber die ausendliche Spielfärke des N. S. B. Trebbin sind wir nicht orientiert, und eine Voraussetzung dieses Spieles ist für schwer treffen. Hoffentlich steht uns das Glück zur Seite, daß wir einigermaßen günstig abschneiden können.

Am 1. Osterfeiertag spielen auf unserem Platz die Schüler, die 3. und 2. Mannschaft. Die Gerner Seite zur Stunde noch nicht fest. Die Bekanntgabe erfolgt noch im Laufe der nächsten Tage durch den Ausschuss. Voraussichtlich spielt der N. S. B. Bad Köfen mit den gleichen Mannschaften. Wo wird unser einheimisches Publikum am 1. Osterfeiertag auch Gelegenheit gegeben, einige gute Spiele zu sehen, trotzdem ist die 1. Elf auf Reisen befindlich.

Kirchliche Nachrichten

Gründonnerstag, den 2. April 1931. 10 Uhr: Beichte und Abendmahl.

Karfreitag, den 3. April.

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche (Predigt über Johs. 19, 25-30).
Kollette: Für das Diakonissenhaus Rathenitz in Wittenberg nach 5 Uhr: Passionsandacht, danach Beichte und heiliges Abendmahl.

Anmeldungen zu der Abendmahlfeier werden möglichst Donnerstags erbeten.

Ostersonntag, den 5. April
Festpredigt: „Ich lebe und ihr sollt auch leben!“ (Johs. 14, 19)

10 Uhr: Hauptgottesdienst (Predigt über 1. Kor. 15, 1-11)
Kollette für das Diakonissenhaus in Halle a. Saale.

Osternmontag, den 6. April.
10 Uhr: Hauptgottesdienst (Gemeinschaft Chor. Predigt über Mat. 24, 8, 13-35)
Kollette für das Diakonissenhaus Weitzenhagen in Halberstadt.

Frauen von Folies Bergère

Ein offener Brief.

von Winterfeld an Minister Severing.

Berlin, 1. April.

Der Vorliegende der deutschnationalen Landtagsfraktion im Preussischen Landtag, Abgeordneter von Winterfeld, hat einen auch der Presse übergebenen Brief an den Innenminister Severing gerichtet, in dem es u. a. heisst: Nach der amtlichen Verlautbarung über das Zustandekommen der jetzt veränderten Notverordnung und nach der Rundfunkrede des Herrn Reichsinnenministers haben Sie nicht nur dieser Notverordnung zugestimmt, sondern sind an ihrem Zustandekommen beteiligt gewesen. Der Herr Reichsinnenminister hat es in seiner Rundfunkrede so darzustellen versucht, als sei die ganze Notverordnung hauptsächlich zum Schutze der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgesellschaften notwendig gewesen.

während der Inhalt sich tatsächlich im wesentlichen gegen das politische Vereins- und Versammlungsrecht richtet und damit in die Zuständigkeit der Länder einschneidend eingreift.

Ich verneine nicht, daß ein Schutz der Religionsgesellschaften gegen die Gottlosenpropaganda notwendig ist und daß das Leben des Bürgers gegen ein politisches Komdium, das mit der Nordwaife arbeitet, geschützt werden muß. Die jetzt veränderte Notverordnung geht aber weit über diese Notwendigkeit hinweg und hebt wesentliche Bestimmungen der Reichsverfassung auf, die einst ausdrücklich als Kampfrecht der Opposition garantiert waren.

Sie stellt eine wirkliche Versammlungsfreiheit, freie Rede und sonstige Propaganda durch Wort und Schrift in Gefahr, weil Sie die Kontrolle über diese Freiheiten in die Hände der politischen Polizei legt.

Ich bitte Sie, Herr Minister, um Auskunft, ob es zutrifft, daß Sie dem Zustandekommen der Notverordnung vorher zugestimmt haben. Sollte die preussische Regierung den Maßnahmen der Reichsregierung nicht beigetreten sein, wie dies bei Bayern trotz der amtlichen Verlautbarung der Reichsregierung der Fall zu sein scheint, dann bitte ich Sie namens der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages mit aller Entschiedenheit, die Rechte des preussischen Landes zu wahren und zu fordern, daß die Notverordnung beschleunigt wieder aufgehoben wird.

Elll bekommt ein neues Flugzeug.

Timbuktu, 1. April.

Die Afrikafliegerin Elll Reinhorn, die zur Zeit in Timbuktu weilt, teilt mit, daß ihr Flugzeug „D 1713“ nicht mehr zu reifen ist. Elll Reinhorn lehrte nach einer kurzen Erholungspause vom Flugmarck mit einer Hilfsarawane zu ihrem im festigen Wüstengebiet zurückgelassenen Flugzeug zurück, um für den Abtransport zum Startplatz zu sorgen. Nach vieler Mühe mußte die Fliegerin erkennen, daß jeder Erdtransport durch die Sandmassen der Sahara unmöglich ist. Schweren Herzens wurde nunmehr der Bergungsvorlauf aufgegeben. Das Flugzeug wurde völlig unversehrt in der Wüste zurückgelassen. Elll Reinhorn baute lediglich den wertvollen Motor aus, um diesen in die Heimat zurückzuführen.

Kurz nach Bekanntwerden dieser Tatsache hat sich ein Verlag bereit erklärt, der tapferen Fliegerin sofort ein neues Flugzeug zu senden und es ihr zum Rückflug nach Berlin zur Verfügung zu stellen. Der bekannte Bour-le-mérite-Flieger Osterkamp wird das neue Klemm-Flugzeug, das mit einem 80 PS starken Argus-Motor ausgerüstet ist, wahrscheinlich noch in dieser Woche nach Afrika überfliegen und dort der Fliegerin übergeben, um dann selbst sofort wieder mit dem Schiff nach Europa zurückzufahren.

„Affäre Dreyfus“ abgelehnt.

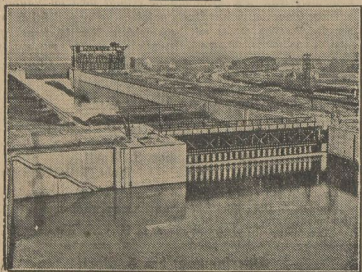
Schwere Zusammenstöße im Theater.

Paris, 31. März.

Wie vorauszuhehen war, ist es bei der Wiederaufführung des Stückes „Die Affäre Dreyfus“ im Theater Ambigu zu neuen ersten Zwischenfällen im Theater selbst und in den umliegenden Straßen gekommen. Im Zuschauererraum kam es zu Zusammenstößen, so daß die Polizei eingriff und die Aufseher aus dem Theater wies.

Auf der Straße hatte sich inzwischen eine riesige Menschenmenge, zum Teil Studenten und Arbeiter der Action française, eingefunden. Auch der Pariser Polizeipräsident Chapuis in Begleitung mehrerer Direktoren der Stadtpolizei war persönlich anwesend, um den Ordnungsdienst zu leiten. Er ließ nach vor Theaterschluss mit Hilfe von berittenen Polizisten die Demonstranten in eine Seitengasse bis zum Platz St. Martin abdrängen, wo die Spitze der Menge jedoch auf eine neue Polizeifeste hieß. Es kam zu einer großen Schlägerei, wobei die Demonstranten sich der Stühle und Tische eines an diesem Platz gelegenen Restaurants bedienten. Die Polizisten gingen nun zu einer Säuberung des ganzen Viertels über.

Nach den heftigen Zwischenfällen hat die Direktion des Theaters Ambigu beschlossen, die „Affäre Dreyfus“ wieder vom Spielplan abzugeben.



Ein Riesenweert vor der Vollendung.

Die gewaltige Schleusenammer der Norddeutsche Bremerhaven, die bei einer Länge von 372 Metern und einer Breite von 60 Metern den größten Schiffen der Welt den Einfahrt in die Binnenhäfen Bremerhavens ermöglichen wird.

Haben Sie empfindliche Füsse?



Sie sind unbesorgt. In unserer grossen Auswahl orthopädischer Schuhe Wohlbefinden mit Gelenksstütze u. Breitballen finden Sie bestimmt den bequemsten Schuh den Sie suchen.

Damen-Spangon- u. Schnürschuhe ab 10,75
Herren-Halbschuhe ab 12,75
Herren-Sliefel ab 14,75
eicht Boxen f. 14,75

Eine Wohltat für Ihre Füsse!

2000 Verkaufsstellen

Alleinverkauf für Nebra u. Umg.:
Schuhhaus Hermann Sachse
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Drucksachen

für Handel Gewerbe und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer

Sreue Freunde

Ind. Wehrmann Monatshefte jedem Gebildeten, jedem, der einmal die Augen dieser Zeitschrift, in Inhalt und Ausstattung, von heute an diese überaus wertvollen Monatshefte geordnet ist. Der Sinn für kulturelle Werte hat der große zu den angesehensten Offizieren. Gute Romane und Novellen namhafter Dichter geben zusammen mit den best und einfarbig behilderten Aufträgen mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Mit ein Depotbestellort der Diste wird ein Atlas in monatlichen Heften geliefert.

Ein Probeheft von Wehrmann Monatsheften wird Ihnen bei Einlieferung von 30 W. für Nebra durch den Verlag Georg Wehrmann, Braunschweig, ohne irgendwelche Verpflichtung für Sie zugestellt.

Name: _____
Ort: _____
Vorname: _____

Qualität siegt!

Lanella

MARGARINE

ist Qualität!

Darum kaufe

jede Hausfrau

Lanella

MARGARINE

die Feine,

preiswert

wie keine

nur
35
1/2 lb

Stadt-Lichtspiele Prenk. Hof

Karfreitag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr:

Norma. Die Katastrophe des Orient-Express.

1. und 2. Teil
Filmlänge: 4500 mtr.

Es laden freumblichst ein **Borgwardt.**

NB.: Beachten Sie bitte in der nächsten Nummer d. Ztg. unser Osterprogramm.

Schweizerhaus

Vitzenburg

Am 1. Osterfeiertag, nachmittags 3 Uhr
Konzert

Am 2. Feiertag, nachmittags 4 Uhr
Dielenbetrieb, abends Ball.

Es laden freumblichst ein **Stein. Wirthmann.**

Gerösteten Kaffee

Ww. Meitz, Nebra

Spare mündelstüber bei der Stadt-Sparkasse Nebra.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Fritz** danken wir herzlichst **Karl Kunze und Frau**
Nebra a. U., März 1931.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Konfirmation unserer Tochter **Ilse** sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Richard Theile und Frau.
Nebra, Palmarium 1931.

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Werner** danken wir hierdurch herzlichst.
Nebra, Palmarium 1931.
Familie Paul Meldjör.

Abonnieren Sie die

Elegante Welt

Das tonangebende Mode- und Gesellschaftsblatt

PREIS PRO HEFT 1 RM
QUARTAL 6 RM
Probenummern gratis u. franko

Verlag: Dr. Selle-Eysler A-G, Berlin SW68

Frauen von Folies Bergère

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Zorn Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832.

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf.
Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 40

Donnerstag, den 2. April 1931.

44. Jahrgang

Opposition und Notverordnung

Einberufung des Reichstags gefordert.

Nürnberg, 31. März.

Die Vertreter der dem Reichstag ferngebliebenen Parteien hielten in Nürnberg eine Tagung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die mit dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag angestrebten Ziele sind ihrer Verwirklichung nähergebracht. Eine an sich brüderliche, nur durch Wahlkampf zusammengehaltene Mehrheit hat mit der Beratung des Rumpfparlamentes dem Bemühen erbracht, daß das sogenannte Frontkämpferabkündigen sich in hoffnungsvoller freigelegter Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befindet. Irrendenweise Unklarheit im Sinne der vorjährigen Osterbotschaft Hindenburgs ist nicht geleistet worden.

Die nationale Opposition wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neue Notverordnung, durch die wesentlich Grundrechte der Bevölkerung außer Kraft gesetzt werden. Sie wird die Einberufung des Reichstags fordern und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer vor der Verordnung erteilten Rechte gebotenen Schritte tun. Von dem Herrn Reichspräsidenten wird erwartet, daß er sich nicht länger von den Parteien einseitig unterrichten läßt, die ihn ursprünglich beämpft und zum Teil gefolgt haben, sondern daß er auch die Vertreter der nationalen Opposition hört, hinter denen die Mehrheit seiner ehemaligen Wähler steht. Die von ihm unterzeichnete Verordnung ist von ihren Urhebern nicht nur zur Abwehr der Krisis, sondern der Götzenbilder bestimmt, sie ist offensichtlich gegen die besten aufbauenden Kräfte der Nation gerichtet und soll dem Staatshelm-Vollstreckungsbuchbruch tun. Die zersetzende Tätigkeit der Götzenbilder und der übrigen schriftlichen und mündlichen und landesrechtlichen Organisationen muß durch ihn unterbunden werden.

Kann der Herr Reichspräsident die Aufhebung der Verordnung bei der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Beratern trennt.

Antwort der Reichsregierung.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten nicht gegen das Staatshelm-Vollstreckungsbuch gerichtet.

Berlin, 31. März.

Ämtlich wird mitgeteilt: Vertreter der Reichsopposition haben auf einer Tagung in Nürnberg eine Entschließung gefaßt, die sich mit falscher Begründung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wendet. Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen das Vollstreckungsbuch des Staatshelms. Wie schon anläßlich der Konferenz der Innenminister der Länder vom 18. März erklärt worden ist, soll sie der legitimen Wirkung des Staatshelms für sein Vollstreckungsbuch keinen Abbruch tun. In einer vor dem Erlaß der Verordnung stehenden Besprechung mit dem für ihre Ausführung in Preußen zuständigen preussischen Minister des Innern ist festgestellt worden, daß hierbei volles Einverständnis zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preussischen Ministerium des Innern besteht.

Die erwählte Konferenz der Innenminister hat einstimmig auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Interesse des Staates und der Zukunft der von der rechts- und der linksradikalen Opposition gefährdeten Verfassung deutscher Volksgenossen gegeneinander mit scharfen rechtlichen Waffen entgegenzutreten, dieser Verfassung, die den Nährboden bildet für die zahlreichsten politischen Verbrechen und Ausschreitungen, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zu beklagen hat. Dabei sind in einer ganzen Reihe von Einzelheiten besondere Länderverhältnisse berücksichtigt worden.

Die Behauptung des Nürnbergers Verfassers der Reichsopposition, die Reichsregierung habe im letzten Jahre keinerlei Aufsicht auf Arbeit geleistet, richtet sich selbst und ist ebenso falsch wie die der politischen Abhängigkeit der Reichsregierung von der Sozialdemokratie.

Der Reichspräsident, der übrigens kündigt Vertreter der rechtsoppositionellen Parteien angeht hat und über ihre Auflosung unterrichtet ist, hat die Notverordnung in voller Erkenntnis ihrer Einzelbestimmungen, ihrer Handhabung und ihrer Wirkung erlassen. Die Forderung der Aufhebung der Notverordnung stellt daher einen persönlichen Angriff gegen den Reichspräsidenten dar.

Es ist tief bedauerlich und bedarf der schärfsten Abwehr, daß namentlich von deutschnationaler Seite versucht wird, durch Entstellung und durch die Verbreitung unwahrer Behauptungen im Volke das Vertrauen in die Person und in die Werkparteilichkeit des Reichspräsidenten zu untergraben.

Antwort ans Ausland.

Curlius vor dem Reichstag.

Berlin, 1. April.

Der Vollzug des Reichstags sah man mit lebhafter Spannung entgegen. Die Verhandlungen fanden nicht in dem Reichspräsidenten statt, sondern im Haushaltsausschuß des

Reichstags, der mehrere hundert Personen faßt. Der Reichstag war nahezu vollständig verlammt. Den Verhandlungen wohnten auch viele Reichstagsabgeordnete bei. Zunächst wurden kleine Vorlagen erlegt.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

nahm dann das Wort, um auf die Angriffe wegen der deutsch-österreichischen Zollunion zu antworten. Der Außenminister hob hervor, daß das Vorgehen Deutschlands und Österreichs sich in den Rahmen der gesamteuropäischen Kooperation bewege. Es sei in den internationalen Diskussionen der letzten Jahre anerkannt worden, daß die Weltwirtschaft Europas auf seine Zerteilung zurückzuführen sei.

Die Idee regionaler Verflechtung und Zusammenfassungen ist immer mehr in den Vordergrund.

Der Minister betonte den rein wirtschaftlichen Charakter des deutsch-österreichischen Planes und legte das im einzelnen dar: Zusammenfassungen erklärte er: „Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglicher Beschleunigung unseren beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ergeben. Wir wollen zugleich den Bedingungen eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben.“

Es ist mit einer Genehmigung, feststellen zu können, daß diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben.

Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirklichen Bedürfnisse Deutschlands und Österreichs dazu seinen Anlaß. Ihre Vertretung läßt sich nur dadurch erklären, daß man die ganze Angelegenheit ohne Grund vom wirtschaftlichen auf das politische Terrain verlor und mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen dieser oder jener Art aufwirft, läßt sich verstehen. Nicht verständlich erscheint es mir aber, dabei von einer Störung des guten Einverständnisses unter den Nationen oder wohl gar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht zugeben, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abwicklungsarbeiten des nächsten Jahres werden könnte.

Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wiederaufbau mehr interessiert als Deutschland und Österreich es sind. Diesen sind wir uns stets bewußt. Kein Land kann auch mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schließlich von Erfolg getränkt zu sehen.

Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird sich, wie ich beifolgt hoffe, die Erkenntnis durchsetzen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.

Staatssekretär Dr. Weismann brachte zum Ausdruck, daß dieser Sitzungsperiode die Art und das Maß harmonischer Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat als Vertreter der Länderregierungen ein besonderes Gepräge gegeben habe. Daher sei er aussersehen worden, wichtige Erklärungen entgegenzunehmen.

Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung hob das große finanzielle Interesse der Gemeinden hervor und stellte den Gesamtantrag, die allgemeine Begründung — wenn sie keine Mehrheit finde — darauf zu beschränken, daß nicht mitten im Haushaltsjahr die Einschränkung erfolgen könne, sondern erst ab 1. April 1932. Gegen die Stimmen Würtembergs und Hamburgs wurde eine Verordnung über die Veränderung der Berufsbeziehung „Baumeister“ angenommen. Bisher war die Beziehung dieser Berufsbeziehung Sache der Länder. Die Neuregelung geht dahin, daß die Berufsbeziehung „Baumeister“ grundsätzlich anfallen soll.

Unterhaus.

Die fünf Anträge: Henderfon'sche Zollunion gegen Außenminister auf, daß Deutschland der Zollvereinbarung mit Österreich machungsmäßig erachtet um die Regierung zu len, ob das Nebenverträge von Österreichs von Seite die Zollunion zwischen Österreich berühren

fragen erklärte Deutschland und von der Zollunion die Vorzüge einzelner, zu dem und an anderen henden Reich und Österreich, daß ihr Wort von 1922 in

Nebereinstimmung befinde. Die Antwort Österreichs laufe seiner Ansicht nach dem Zweck weniger Raum als die Deutschlands, die dahin ausgelegt werden könnte, daß eine rechtliche Prüfung der Frage möglicherweise ohne ihre Mitwirkung werde geführt werden müssen, und die Absicht ausdrückt, in der Zwischenzeit Verhandlungen mit Österreich zu führen.

Henderfon fuhr fort, in der Annahme, daß die deutsche Regierung seine Anregung vielleicht mitverstanden habe, habe er nach Berlin am 26. März telegraphisch, sein Vorschlag sei einfach dahin gegangen, daß, bevor die beiden Regierungen weiter fortzuschreiten, dem Völkerrundrat eine Gelegenheit gegeben werde

Das Echo der Henderfon-Erklärung.

In Paris.

Die Erklärung Henderfon's im Unterhaus findet in der Pariser Presse nicht die Zustimmung derjenigen Kreise, die eine energische Handlung gegen Deutschland und Österreich eingeleitet haben möchten.

Bertinaz wendet sich im „Echo de Paris“ in scharfen Worten gegen den englischen Außenminister, dessen Erklärung er als sehr bedauerlich bezeichnet. Deutschland und Österreich wählten nun, daß ihnen die wohlwollende Haltung Englands sicher sei, während Briand noch vor wenigen Tagen den Mut besessen habe, vor dem Senat zu betonen, daß die Haltung Englands absolut nicht als schmachhaft bezeichnet werden dürfe. Der Völkerrundrat sei unfähig, zu einer einstimmigen Entschließung zu gelangen.

Das „Intergierichte „Deuore“ glaubt an die Wirkung einer internationalen Aussprache vor dem Völkerrundrat. Der Saager Schiedsgerichtshof werde im Anschluß daran entscheiden, wenn der Völkerrundrat nicht anerkannt werde. Das Blatt will im übrigen wissen, daß die ehemaligen alliierten Mächte einen neuen diplomatischen Schritt vorbereiten, um Berlin und Wien dahin zu bringen, dieses Verfahren anzuerkennen.

In London.

In einer kritischen Beleuchtung der Erklärungen Henderfon's über das österreichisch-deutsche Abkommen stellt der diplomatische Korrespondent des

„Daily Telegraph“ fest, daß der englische Außenminister der Substanz des Abkommens keineswegs vorgegriffen habe. Er habe vorläufigerhand die Verträge von Versailles und Saint Germain nicht erwähnt, sondern sich nur auf gewisse Punkte beschränkt, die sich aus dem Genfer Protokoll vom Jahre 1922 ergeben hätten. Man müsse berücksichtigen, daß Deutschland an sich rechtlich mit dem ganzen Fall dabei nichts zu tun habe, sondern es werde in keiner Eigenschaft als Ratmitglied vorausgesetzt alles tun, was eine ungünstige Entscheidung gegen Österreich zu verhindern.

Die „Times“

hoffen, daß die ganze Erörterung jetzt einen etwas ruhigeren Ton annehmen wird, nachdem Henderfon sich entschieden habe, die Angelegenheit vor den Völkerrundrat zu bringen. Da anheimelnd Deutschland die Rinde Briand's auch ziemlich ruhig aufgenommen habe, so könnten jetzt ruhiger Besprechungen beginnen.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Paris, 31. März.

Die Deutsche Handelskammer in Paris veranstaltete anlässlich ihrer Mitgliederversammlung im Carlton-Hotel ein Abendessen, an dem der deutsche Botschafter von Stöckl, Geschäftsratsrat Rieker sowie eine Reihe anderer französischer und deutscher Gäste teilnahmen. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Handelskammer, Fischer, sprach Botschafter von Stöckl über die Entwicklung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Im Anschluß an die jüngsten Ereignisse stellte er entgegen irtüheren Darstellungen fest, daß sich die deutsch-französische Handelsbilanz auf Grund des deutsch-französischen Handelsvertrages durchaus nicht so glänzend und einseitig zu Gunsten Deutschlands ausbilde, als viele der Anzeichen erweckt werde. Nach Abzug der Sachleistungen auf Reparationskonto sei ganz allgemein kein Anstreffen des Handelsvertrages ein Plusaldo Frankreichs zu Ungunsten Deutschlands festzustellen.

Die französischen Angaben stießen die Berechnung der Reparationsleistungen völlig außer Betracht. Die Aktivität der deutschen Handelsbilanz gegenüber Frankreich während der beiden letzten Jahre sei außerordentlich, zum größten Teil auf die kritische wirtschaftliche Lage unterer Welt zurückzuführen und die dadurch stark verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes.

Als Vertreter der Vereinigung der deutschen Journalisten in Paris sprach Dr. Feilb.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es über die gegenwärtige politische Krise in den deutsch-französischen Beziehungen hinweg den Vertretern der deutschen Wirtschaft in Paris und ihrer Vertreter gelingen möge, von Standpunkt der unbedingten Gleichberechtigung aus die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen einer wahrhaft gelunden und erproblichen Entwicklung entgegenzuführen.